

BRUCK

INFORMATION DER BRUCKER VOLKSPARTEI

Die Brucker Volkspartei wünscht einen erholsamen Sommer!

100 % für Kaltenegger

Der Stadtparteitag steht geschlossen hinter dem neugewählten Vorstand der Brucker Volkspartei.

Seite 7

2-Klassen Betreuung

Die SPÖ stellt sich weiter gegen die dritte Hortgruppe in Oberaich und will eine Ganztagschule einführen.

Seite 4

Verpasste Chancen

Bruck lässt wegen Fristversäumnis Förderungen liegen – ein wichtiges Sozialprojekt kommt nicht.

Seite 2

Gemeinde-Splitter

Community Nurses: Chance verschlafen



Als Gemeindecrankenschwestern sind die Community Nurses als diplomierte Gesundheits- und Krankenpflegepersonen (DGKP) vor allem in der Krankheitsprävention und Pflegeberatung für die Bevölkerung tätig. Das von der EU vollfinanzierte Projekt läuft bis Ende 2024.

Schon im Herbst 2021 rief das Gesundheitsministerium die Gemeinden zur Bewerbung auf. Kapfenberg erkannte das Potential und hat sich fristgerecht mit einstimmigem GR-Beschluss beworben. Seit wenigen Wochen sind die Community Nurses in Kapfenberg schon sehr erfolgreich tätig. Die Förderungen dafür betragen 561 150 Euro.

Die Brucker SPÖ hat mehrfach den hohen Stellenwert dieses Projektes verkannt: Im Dezember ist ein Antrag der Brucker Volkspartei und Grünen dem zuständigen Fachausschuss zugewiesen worden. Trotz mehrmaliger Nachfragen wurde die Bewerbungsfrist versäumt.

Während die Brucker SPÖ offenbar Angst vor einer Konkurrenz zu bestehenden Strukturen hatte, erkannte die Kapfenberger SPÖ den Mehrwert dieses wertvollen Zusatzangebotes im Bereich der Gesundheitsförderung und Prävention.

Gutachten stellt Schaden fest

Mittlerweile liegt ein Gutachten vor, das belegt, dass durch den Verzicht auf die Index-Anpassungen bei den Gemeindegewohnungen definitiv ein Schaden entstanden ist. Der zuständige Ausschuss sollte dies ohne Diskussion und Behandlung zur Kenntnis nehmen. Auf Antrag der Brucker Volkspartei findet nun doch eine nähere Erörterung dieses Gutachtens statt.

Murkraftwerk eröffnet

Das neue Murkraftwerk liefert nun 36 statt bisher 25 Mio. kWh Strom. Über 25 Millionen investierten die Brucker Stadtwerke in dieses Projekt. „Aufgrund des Zusammenschlusses mit professionellen Partnern sind die Brucker Stadtwerke ein profitables Unternehmen geworden, das auch solche großartigen Vorhaben umsetzen kann.“, freut sich Vzbgm. Kaltenegger.



vlnr. Propst P. Clemens Grill, Vbgm. Susanne Kaltenegger, LR Johann Seitinger, LABg. Cornelia Izzo, StR Helmut Sommer bei der Eröffnung.

Plus & Minus

+ Ukraine-Hilfe

Die Stadt bietet 10 ukrainischen Familien eine sichere Bleibe in Gemeindegewohnungen. Angesichts über 18 Prozent Leerstandes wäre hier sicher noch mehr möglich.

+ Biomassekraftwerk

Neben der ehemaligen Leiner-Lagerhalle in der Laming soll bis zum Winter ein Biomasse-Heizkraftwerk für die Brucker Fernwärme errichtet werden. Der Gemeinderat beschloss einstimmig den Bebauungsplan für dieses wichtige Projekt am Weg zur CO₂-Neutralität.

+ Personalentwicklung

Angesichts hoher Fluktuationen in der Stadtverwaltung wurde ein Personalentwicklungskonzept beschlossen. Damit soll die Qualität der Stadtverwaltung nachhaltig verbessert werden.

- Späte Hilfe

Erst fast ein Jahr nach der Katastrophe hat die Stadt Bruck 14 843 Euro unserer Partnerstadt Hagen als Hochwasserhilfe überwiesen. Der Grundsatz „wer schnell hilft, hilft doppelt“, scheint sich noch nicht herumgesprochen zu haben.

- Transparenz nicht dringlich

Bruck belegt Platz 69 von 81 österreichischen Städten im Transparenz-Index von Transparency International. Ein dringlicher Antrag, hier positive Veränderungen zu erzielen, wurden von der SP-Mehrheit abgelehnt.

Liebe Mitbürgerin! Lieber Mitbürger!

„Warum muss das immer gleich politisch sein?“ Diese Frage wurde mir kürzlich im Zusammenhang mit meiner Unterstützung für die Initiative „Nein zur Radroute gegen die Einbahn in der Herzog Ernst Gasse“ gestellt.

Anliegen ernst nehmen!

Erwartet man von einer Kommunalpolitikerin denn nicht, dass sie sich der Anliegen der Bürgerinnen und Bürger annimmt? Als Vizebürgermeisterin ist es für mich selbstverständlich, stets ein offenes Ohr für die Sorgen und Anregungen der Menschen zu haben und zu helfen, wenn ich darum gebeten werde. Als Politikerin wurde ich demokratisch gewählt, um Entscheidungen für unsere Stadt und ihre Menschen zu treffen.

Grundlage für meine Entscheidungen sind klarerweise auch die Werte der Volkspartei. Gerade wurde ich als Stadtparteiobfrau der Brucker VP wiedergewählt, mit einem Votum, das mich stolz und dankbar macht. Auf der kommunalpolitischen Ebene stelle ich meinen Entscheidungen aber vor allem eines voran: Das Richtige für eine gute Weiterentwicklung unserer Stadt zu tun.

Keine Zeit verschwenden!

Ein Radweg gegen die Einbahn in der Herzog Ernst Gasse und eine



Mischform der Nachmittagsbetreuung an der VS Oberaich sind eben nicht das Richtige. Deshalb stelle ich mich, gemeinsam mit meinem engagierten Team, an die Seite derer, die sich an uns wenden, weil ihre Bedenken beim Bürgermeister kein Gehör finden. Warum musste soviel wertvolle Zeit vergehen, bis der Bürgermeister gegenüber der Initiative einlenkt? Zeit, die für die Konsolidierung des Budgets, für die Verringerung der Leerstände in den Gemeindewohnungen, für die Umsetzung des Bildungskonzeptes dringend gebraucht wird.

Stillstand beenden!

Bei ineffizient geführten Fraktionsführerbesprechungen fehlt es an Diskussionen auf Augenhöhe und dringend notwendige Projekte

werden immer weiter aufgeschoben. Dieser Stillstand ist unbefriedigend und muss schnellstens beendet werden. Die Ursache dafür ständig bei den globalen Krisen zu suchen, ist im Vergleich mit anderen Städten nicht glaubwürdig. Als Brucker Volkspartei setzen wir uns weiterhin dafür ein, dass bürgernah die richtigen Entscheidungen für eine positive Entwicklung in unserer Stadt und ihren Ortsteilen getroffen werden. Denn gerade in schwierigen Zeiten braucht es eine konstante und verlässliche Politik.

Ich wünsche Ihnen und Ihrer Familie einen schönen und erholsamen Sommer

*Ihre
Susanne Kaltenegger*

Susanne Kaltenegger

Vizebürgermeisterin

Telefon: 0664 1445 92 07

susanne.kaltenegger@aon.at

Zwei-Klassen-Betreuung

Die SP-Mehrheit ist weiter gegen die dritte Hortgruppe in Oberaich und setzt ihre Zwei-Klassen-Strategie fort. 40 Kinder kommen weiterhin in den Genuss einer Hortbetreuung mit je einer Pädagogin und einer Assistentin pro 20-köpfiger Gruppe. Für den Rest (bis 25 Kinder) bleibt die Beaufsichtigung am Nachmittag durch eine Person in der Schule.

2019 hat der Gemeinderat einstimmig (!) die Errichtung einer dritten Hortgruppe für die Volksschule Oberaich beschlossen. Nun hat die SP-Mehrheit dieses Vorhaben verworfen, um ein schulische Nachmittagsbetreuung einzuführen. Ein Schülerhort sei nicht mehr zeitgemäß, wird argumentiert.

In Wahrheit dürfte es um 18 000 Euro Mehrkosten pro Jahr für die Stadt gehen, da Qualität natürlich etwas kostet. „Die SP beschließt im Stadtrat oft Ausgaben für recht fragwürdige Projekte, die teurer kommen“, äußert sich dazu Vzbgm. Susanne Kaltenegger. „Hochwertige, flexible Bildung auch am Nachmittag wird dafür geopfert“, so Kaltenegger weiter.

Ebenfalls stellt sich die SP-Mehrheit damit gegen die Meinung sowohl der Direktorin der Schule als auch zahlreicher Eltern. Diese haben mehrfach die Schaffung der dritten Hortgruppe gefordert.



Sanierung verschoben

Bei der Präsentation des Nachtragsvoranschlages pries SP-Finanzstadtrat Anzenberger angebliche Erfolge bei der Budget-Sanierung. Dabei werden diese nicht durch strukturelle Reformen sondern lediglich aufgrund der Verschiebung wichtiger Projekte erzielt.

Ein wichtiges Fahrzeug für die Feuerwehr wird erst 2023 angeschafft, der Ressourcen-Park als lohnender Ersatz für das Abfallwirtschaftszentrum kommt erst später. Auch notwendige Investitionen in die Wasserversorgung wurden nicht vorgenommen. So weist der Nachtragsvoranschlag anstelle von rund fünf Millionen „nur“ mehr eine Million Defizit aus.

„Wann wird endlich mit ernsthaften Reformen begonnen?“, fragt StR Helmut Sommer. Seitens der SPÖ wird auf den „ungerechten Finanzausgleich“ verwiesen. Diesen verhandelt der Städtebund, wobei hier der Wiener SP-Bürgermeister federführend ist. „Wieso schaffen es aber andere Städte und nur Bruck nicht, ihr Budget in Ordnung zu bringen?“, kritisiert Sommer.

Neue Mittelschule, keine Tiefgarage?

Mittlerweile liegt ein Zeitplan für den Neubau der Mittelschule vor. Demnach soll Ende 2024 bzw. Anfang 2025 mit dem Bau begonnen werden. Auf Nachfrage rückt Bürgermeister Koch halbherzig von seinem Plan ab, diese auch mit einer drei Millionen teuren Tiefgarage zu versehen. Er plane sie derzeit nicht, aber städtebaulich wäre eine Garage besser, lässt sich Koch in der Sitzung des Gemeinderates eine Hintertür offen.

„Die Brucker Volkspartei wird einen sinnvollen Neubau zur Sicherung der Bildungsqualität stets unterstützen“, äußert sich Vzbgm. Kaltenegger. „Angesichts leerer Kassen und vier öffentlicher Garagen im Innenstadtbereich werden wir darauf achten, dass es nicht zu dieser unnötigen Ausgabe kommen wird“, stellt Kaltenegger abschließend fest.

Rückforderung

150 000 Euro hat die Stadt für das schließlich gescheiterte Projekt „Bildungscampus“ im ehemaligen Leiner-Gebäude an Sonderwirtschaftsförderung gezahlt. Davon wären aus Sicht der Brucker Volkspartei 100 000 Euro rückforderbar. Bislang wurden von der Stadt lediglich 60 000 Euro eingefordert, welche aber auch noch nicht eingelangt sind.

Andererseits wurde in diesem Jahr die wichtige Investitionsförderung mit den Stimmen der SPÖ halbiert. „Wie kann Bürgermeister Peter Koch, der ja auch Wirtschaftsreferent ist, diesen Umstand jungen, innovativen Unternehmern erklären?“, fragt Stadtrat Helmut Sommer.

Größtes Reformpaket für die Pflege beschlossen

Mit der größten Pflegereform der vergangenen Jahrzehnte investiert die Bundesregierung rund eine Milliarde Euro in den Pflegebereich. Das Paket umfasst insgesamt über 20 Maßnahmen für den Pflegeberuf, die Ausbildung sowie für Pflegebedürftige und pflegende Angehörige bis zum Ende der Gesetzgebungsperiode. In der Steiermark wurde dieser Weg bereits mit der Schwerpunktsetzung auf ein neues Pflege- und Betreuungsgesetz bis Herbst 2022 eingeschlagen und kürzlich mit einem gemeinsamen Antrag aller im Landtag vertretenen Parteien fortgeführt.

In den nächsten zwei Jahren gibt es eine Gehaltserhöhung für Beschäftigte im Pflegebereich, insgesamt stellt der Bund für die Jahre 2022 und 2023 520 Millionen Euro zur Verfügung. Außerdem sieht die Pflegereform Erleichterungen bei der Zuwanderung von ausgebildeten Fachkräften und Kompetenzerweiterungen für PflegeassistentInnen und PflegefachassistentInnen vor.

Verbesserung bei der Pflegeausbildung

Bereits im Jänner 2022 hatte die steirische Landesregierung eine Erhöhung des Taschengelds für Pflegeschülerinnen und Pfl-

geschüler von 100 auf 300 Euro monatlich auf den Weg gebracht. Nun legt die Bundesregierung nach: 600 Euro Ausbildungszuschuss gibt es pro Monat bzw. Praktikumsmonat. Für Umsteigerinnen und Umsteiger, die aus einem anderen Beruf in die Pflege wechseln sowie für WiedereinsteigerInnen gibt es während der Ausbildung ein Pflegestipendium von mindestens 1.400 Euro im Monat. Für Jugendliche wird es, vorerst als Modellversuch, eine Pflegelehre in ganz Österreich geben.

Maßnahmen für Pflegebedürftige und pflegende Angehörige

Pflegende Angehörige wer-



Gesundheitslandesrätin Juliane Bogner-Strauß begrüßt das umfassende Reformpaket der Bundesregierung.

Foto: Land Steiermark/Streibl

den ab nächstem Jahr mit einem Angehörigenbonus von 1.500 Euro unterstützt, den die Person erhält, die den größten Teil der Pflege zuhause leistet. Außerdem sind Verbesserungen bei der 24-Stunden-Betreuung geplant. Das deckt sich mit dem Antrag, auf den sich die im steirischen Landtag vertretenen Parteien

einigen konnten: Bei der Weiterentwicklung der Pflege und Betreuung soll „mobil vor stationär“ oberste Prämisse bleiben. Gleichzeitig bekannten sich die Parteien zur Ausarbeitung eines neuen Pflege- und Betreuungsgesetzes, das u.a. das Case- und Caremanagement, die mobile und stationäre Pflege, die Kurzzeit- und Übergangspflege, die Tageszentren und das betreute Wohnen beinhaltet und eine zeitgemäße Pflege ermöglichen soll.

„In der Steiermark werden wir zusätzlich mit den neu geschaffenen Instrumenten des Pflegedialogs und des Pflegebeirats den Steilpass der Bundesregierung mit Gefühl und Umsicht aufnehmen und die Chance auf eine Pflege der Zukunft, die fair, menschlich und leistbar ist, verwerten. Eine bereits umgesetzte Neuerung ist, dass die allgemeine Pflegehotline 2550 seit 1. Juni 2022 erreichbar ist“, erklärt Gesundheitslandesrätin Juliane Bogner-Strauß.



Foto: www.istockphoto.com

Drexler einstimmig als Nachfolger von LH Schützenhöfer nominiert

Vor Pfingsten gab Landesparteiobmann Hermann Schützenhöfer bekannt, dass er im Juli das Amt des Landeshauptmannes der Steiermark zurücklegen wird. Der erweiterte Landesparteivorstand der Steirischen Volkspartei hat Landesrat Christopher Drexler daraufhin einstimmig als seinen Nachfolger als Landeshauptmann nominiert und als geschäftsführenden Landesparteiobmann eingesetzt. Der Landtagsklub der Steirischen Volkspartei wird ihn daher dem Landtag Steiermark zur Wahl vorschlagen. Beim ordentlichen Landespartei-tag der Steirischen Volkspartei im September wird der Wahlvorschlag ebenso auf Christopher Drexler lauten.

Ich bin im 71. Lebensjahr, 52 Jahre in der Politik und 22 Jahre Mitglied in der Landesregierung. Es war und ist mein Ziel, eine geordnete Amtsübergabe in der Halbzeit der Legislaturperiode vorzunehmen“, erklärt Landesparteiobmann Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer und fährt fort: „Wie bisher brauchen wir auch für die Zukunft Kraft, Energie und Schwung! Und die Steiermark braucht sie doppelt, weil unsere Ansprüche und Ziele höher sind als anderswo.“

Deshalb wünsche ich mir und wünsche ich dem Land den Richtigen für diese Zeit: Ich habe mich daher entschieden, Anfang Juli dieses Jahres als Landeshauptmann zurückzutreten und Landesrat Christopher Drexler als meinen Nachfolger vorzuschlagen. Der gesamte erweiterte Landesparteivorstand der Steirischen Volkspartei steht einstimmig hinter diesem Vorschlag.

Dieser Schritt erfolgt einerseits schweren Herzens, weil ich mit Leib und Seele Landeshauptmann war und bin. Andererseits aber guten Gewissens, weil wir mit Christopher Drexler einen Nachfolger haben, wie er besser kaum sein könnte. Mit der Kraft und Energie eines 50-jährigen. Und gleichzeitig mit 30 Jahren Erfahrung in der Politik – und vor allem: in der Landespolitik.

Ein Neuer an der Spitze, aber alles andere als ein Neuling. Ich wüsste ehrlich gesagt keinen anderen in Österreich, der in einer Zeit wie jetzt für die Herausforderungen an einen neuen Landeshauptmann besser geeignet wäre. Politik war mein Beruf. Aber – auch wenn ich jetzt als Landeshauptmann aufhöre: Die

Steiermark ist und bleibt mein Leben.“

Drexler betont: „Ich möchte mich bei allen Mitgliedern des erweiterten Landesparteivorstandes der Steirischen Volkspartei herzlich dafür bedanken, dass sie einstimmig das Vertrauen in mich setzen, die Steirische Volkspartei und insbesondere die Steiermark in die Zukunft zu führen. Ganz besonders danke ich unserem Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer für sein Vertrauen, aber vor allem für all das, was er in über fünf Jahrzehnten politischen Engagements für die Steiermark geleistet hat. Es ist mein Ziel, das Vertrauen, das mir heute innerhalb unserer Partei ausgesprochen worden ist, auch nach außen herzustellen. Das Vertrauen der Steirerinnen und Steirer zu

gewinnen. Ich werde die kommenden Wochen intensiv nutzen, um mich mit vielen Gesprächen auf die neuen Aufgaben vorzubereiten. Um noch besser zu wissen, was die Steirerinnen und Steirer bewegt – welche Sorgen sie haben, aber auch welche bisher ungenutzten Möglichkeiten sie in unserer Steiermark erkennen. Um mit Fachexpertinnen und -experten genau über diese Themen zu sprechen. Und selbstverständlich auch, um das Gespräch mit allen im Landtag Steiermark vertretenen Parteien zu suchen. Denn am Weg der Zusammenarbeit wird sich mit mir nichts ändern. Die bevorstehenden Aufgaben bedeuten für mich einen ganz neuen Abschnitt. Einen Abschnitt, in dem ich den steirischen Weg kraftvoll fortsetzen will!“



Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer mit Nachfolger Landesrat Christopher Drexler

100 % für Vbgm. Susanne Kaltenegger

Mit größtmöglicher Geschlossenheit bestätigte der Stadtparteitag der Brucker Volkspartei Susanne Kaltenegger als Obfrau.

Am 5. Mai fanden sich rund 60 Delegierte zum ordentlichen Stadtparteitag der Brucker Volkspartei in der Brucker Wirtschaftskammer ein. Susanne Kaltenegger legte dabei einen umfassenden Rechenschaftsbericht über ihre Arbeit und die des gesamten Vorstandes ab.

Ihre Bilanz teilte sie in zwei Teile: Positives Mitgestalten zu Beginn ihrer Amtszeit, da der SPÖ im Gemeinderat die absolute Mehrheit fehlte. Obwohl die ÖVP bei der Gemeinderatswahl das beste Ergebnis seit 30 Jahren erzielen konnte, gelang es jedoch der SPÖ, die absolute Mehrheit wieder zu erlangen. Seither hatte und hat sie als Ziel, gegen Stillstand in der Gemeindepolitik anzukämpfen und konstruktiv



zukunftsfähige Vorschläge einzubringen, die jedoch vielfach vom Bürgermeister vom Tisch gewischt wurden. Inwieweit Bgm. Koch dabei den Kontakt zur Bevölkerung verloren hat, bewies für Kaltenegger die Volksbefragung zum Waldverkauf: „84,2 Prozent der Brucker sind nicht der Meinung des Bürgermeisters gefolgt. Hätte er auf die Brucker Volkspartei gehört, hätte er der Stadt einen teuren Wahlkampf erspart und

wertvolle Zeit für die Lösung der anstehenden Probleme gewonnen“, so Kaltenegger.

Bezirksparteiobmann LR Johann Seitinger gab in seinem Referat einen umfassenden Überblick über die anstehenden Herausforderungen im Land und darüber hinaus. Schließlich durfte er Kaltenegger und ihrem gesamten Vorstand zu einem eindrucksvollen Wahlergebnis gratulieren.

Landjugend



Bei der Generalversammlung der Oberaicher Landjugend wurden Julian Kürbisch zum neuen Obmann und Magdalena Hörmann zur neuen Leiterin gewählt. Sie bedankten sich beim ausgeschiedenen Vorstand und wollen weiterhin die Jugend im ländlichen Raum vertreten.

Bezirkstag der ÖVP Bruck-Mürzzuschlag

Am 20. Juni wurde in St. Marein ein neuer Vorstand für die ÖVP des Bezirkes Bruck-Mürzzuschlag gewählt. Susanne Kaltenegger wurde dabei zur Stellvertreterin von Bezirksobmann Landesrat Johann Seitinger gewählt.



Muttertagsausflug der VP-Frauen



Die VP- Frauen genossen den Muttertagsausflug nach Bad Gleichenberg in fröhlicher Runde. Stadtleiterin Vzbgm. Susanne Kaltenegger freute sich wieder mit ihren Frauen unterwegs sein zu können.

Christl Deschmann`s Sommerturnplan

Von 14. Juli bis 1. September jeden Donnerstag um 9 Uhr in der BTV Halle. **Kostenlos!** Auch Nichtmitglieder sind willkommen!

Aus für Einbahn-Radweg in Griffweite

Lange hielt die SPÖ und Bürgermeister Koch trotz des massiven Gegenwindes von Anrainern und Wirtschaft an den Plänen für einen gefährlichen Radweg gegen die Einbahn in der Herzog-Ernst-Gasse fest. Unter Androhung einer Volksbefragung konnte der Bürgermeister nun an den Verhandlungstisch gezwungen werden.



Vizebürgermeisterin Susanne Kaltenegger

Wie in der letzten Ausgabe berichtet, soll nach dem vorliegenden Entwurf des Radverkehrskonzeptes der künftige Radweg quer über den Hauptplatz, zwischen Schanigarten und Lokal in die Herzog-Ernst-Gasse geführt werden und dort im Gegenverkehr verlaufen. Außerdem sollen die Parkplätze und Ladezonen im östlichen Teil der Herzog-Ernst-Gasse weichen. Ungelöst bleibt hingegen die Querung der Wiener Straße zum Bahnhof.

Bürgerinitiative

Mit zehn stichhaltigen Argumenten hat nun eine Bürgerinitiative über 1700 Unterschriften für eine Volksbefragung zu diesem äußerst kritischen Vorhaben gesammelt. Das liegt deutlich über der Hürde, die das Volksrechtegesetz für eine verpflichtende Abhaltung einer solchen vorschreibt. Um der Stadt die Kosten und den immensen Aufwand einer weiteren Volksbefragung zu ersparen, hat die Brucker Volkspar-

tei gemeinsam mit FPÖ und KPÖ einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, der den umstrittenen Radweg gegen die Einbahn ein für alle Mal stoppen sollte. Dieser wurde jedoch von der SPÖ abgeschmettert.

Erfolg für die Bürgerinitiative!

Damit schien der Weg frei für die nächste Volksbefragung in Bruck an der Mur. Als die Bürgerinitiative die Unterschriften im städtischen Rechtsreferat einreichen wollte, zeigte sich Bürgermeister Koch jedoch plötzlich und zum ersten Mal seit Monaten gesprächsbereit. „Scheinbar hatte die SPÖ den Widerstand der Anrainer bis zuletzt nicht ernst genommen“, erklärt Vizebürgermeisterin Kaltenegger: „Es ist bedenklich, dass sich Bürger-

meister Koch erst durch das Androhen einer Volksbefragung an den Verhandlungstisch zwingen lässt. Dennoch ist es ein großer Erfolg für die Initiative und die Opposition!“

Sondergemeinderat als Lösung

Die Bürgerinitiative fordert nun rasche Beschlüsse des Gemeinderates, um das Aus für den Einbahn-Radweg in der Herzog-Ernst-Gasse zu besiegeln. Dafür braucht es auch die Stimmen der SPÖ-Mandatare. „Ansonsten können die Unterschriften jederzeit eingebracht und die Volksbefragung damit eingeleitet werden“, heißt es von der Bürgerinitiative. Aus Sicht der Volkspartei könnte das Aus für den Radweg im Rahmen eines Sondergemeinderates beschlossen werden.



Die Vertreter der Bürgerinitiative dürfen sich über einen großen Erfolg freuen.